

Pressemeldung

Das Recht auf Verhütung gilt für alle

pro familia fordert in Bundestagspetition kostenfreie Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen

Stuttgart, 10.3.2015. Wer wenig Geld hat in Deutschland, muss auf Vieles verzichten. Fatal, wenn das auch Verhütungsmittel betrifft. Studien belegen, dass Frauen ihr Verhütungsverhalten ändern, wenn sie in finanzieller Not sind: Sie weichen auf billigere und weniger sichere Verhütungsmittel aus oder verhüten überhaupt nicht und riskieren damit eine ungewollte Schwangerschaft. pro familia will mit einer öffentlichen Bundestagspetition auf das Problem aufmerksam machen und fordert eine Gesetzesänderung.

„Wir brauchen eine bundesweite dauerhafte Lösung für Menschen, die die Kosten für Verhütung nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Denn jeder Mensch hat das Recht, unabhängig von seinem sozialen Status, die Verhütungsmethode zu wählen, die für ihn gesundheitlich verträglich ist und größtmögliche Sicherheit bietet“ sagt Ruth Weckenmann, erste Vorsitzende von pro familia Baden-Württemberg.

Zurzeit entscheiden nicht mehr gesundheitliche oder persönliche, sondern finanzielle Gründe über die Wahl des Verhütungsmittels. Und der Wohnort, denn in einzelnen Kommunen gibt es Projekte zur Kostenübernahme. „Mit diesem Flickenteppich, den wir auch in Baden-Württemberg vorfinden, muss endlich Schluss sein. Wie sollen wir einer Frau erklären, dass sie die Spirale nicht bezahlt bekommt, weil sie am falschen Ort wohnt?“ so Ruth Weckenmann.

Bis 2004 gab es im Sozialgesetz eine sogenannte „Hilfe zur Familienplanung“. Das Sozialamt übernahm die Kosten für Verhütungsmittel, die der Arzt oder die Ärztin verschrieb. Durch die Hartz-IV-Gesetzgebung ist diese Möglichkeit weggefallen. Nun müssen Frauen und Männer, die Arbeitslosengeld II oder Grund-sicherung erhalten, mit der Pauschale von 17 Euro für den Posten „Gesundheitspflege“ auskommen. Unter diesen Posten fallen z.B. Kopfschmerztabletten, Heuschnupfenmittel und eben auch die Pille.

„Oft wird argumentiert, dass doch auch für ALG II-Bezieherinnen die billigste Pille finanzieren könnten. Abgesehen davon, dass diese Kosten bei der Festlegung des Regelsatzes nicht berücksichtigt wurden, wird so nicht nur die Wahlfreiheit in Bezug auf Verhütungsmittel außer Kraft gesetzt, es wird auch nicht berücksichtigt, dass viele Frauen die Pille nicht vertragen.“

Eine monatliche Pillenpackung kostet zwischen 4,50 Euro und 22 Euro, der Verhütungsring 16 bis 22 Euro pro Monat. Spiralen und Implantate sichern die Verhütung für mehrere Jahre und sind auf lange Sicht kostengünstiger. Die einmaligen Kosten von 300 bis 400 Euro können Hartz-IV-Empfängerinnen aber nicht aus dem Regelsatzbetrag bestreiten und ein Ansparen ist kaum möglich.

„Es ist ein häufiges Thema bei uns in der Beratung, dass das Geld für Verhütungsmittel nicht reicht. Wir fordern deshalb die PolitikerInnen auf, die Bundestagspetition zum Anlass zu nehmen und eine Gesetzesinitiative zur Kostenübernahme zu starten. Schließlich bekennt sich auch Deutschland zum Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo. Dort wurde ausdrücklich festgehalten, dass alle Frauen und Männer ein Recht auf ungehinderten Zugang zu möglichst sicheren, gesundheitlich verträglichen und finanziell erschwinglichen Verhütungsmethoden haben.“

Unter folgender Adresse können Sie die Bundestagspetition „Kostenfreie Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen“ unterzeichnen:

<https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/ 2015/ 02/ 23/Petition 57650.html>

Weitere Informationen erhalten Sie unter

<http://www.profamilia.de/pro-familia/kampagne-kostenfreie-verhuetungsmittel.html>

Pressekontakt:

Gudrun Christ, Geschäftsführerin pro familia Baden-Württemberg, gudrun.christ@profamilia.de
Tel.: 0711-2599353, mobil 0170-6311280